

beim Suchen nach einer geeigneteren Lösung – selbst wenn die Hand angesichts der faktischen Ausweglosigkeit so frei nicht ist.

Hätte sich in Rom tatsächlich die Ansicht durchgesetzt, beim Beratungsschein handele es sich ethisch ohne wenn und aber um eine „Lizenz zum Töten“, wie es Dyba immer wieder gerne beschwört, hätte der Papst in seinem Brief auf sofortige und bedingungslose Änderung der kirchlichen Beratungspraxis dringen müssen. In einem solchen Fall hätten die Bischöfe gerade nicht die Möglichkeit gehabt, zunächst alles beim alten zu lassen.

Dybas Aufforderung an die Bischöfe, doch endlich in seinem Sinne zu entscheiden, zeigt nur, daß er wohl noch nicht realisiert hat, daß Rom der vor kaum einer Zuspitzung zurückschreckenden Argumentation der sogenannten Lebensschützer in Deutschland nicht gefolgt ist. In seiner Kritik am geltenden Abtreibungsstrafrecht greift Dyba selbst in dem genannten Interview zum absurden Vergleich mit der Schoa und zitiert aus der „Todesfuge“ von Paul Celan: „In Deutschland darf dem Kind das Recht auf Leben nicht genommen werden, sondern nur das Leben selbst. Wahrhaftig: ‚Der Tod ist ein Meister aus Deutschland‘“.

Erzbischof Dyba ficht Kritik jedoch nicht an. Er sieht sich – wie er dem parteigängerischen Interviewer der Rheinischen Post gegenüber ausdrückte – „im Einklang mit der ganzen Weltkirche, von Afrika bis Brasilien und von den USA bis Rom“. Und ein paar Zeilen weiter erwähnte er gewissermaßen als Beweis für diese Übereinstimmung seine Teilnahme am Familien-Kongreß Oktober vergangenen Jahres in Rio de Janeiro (vgl. HK, November 1997, 590). Dort habe er wieder „eindrucksvoll erfahren“, daß „allein die Kirche in Deutschland (vom Kurs der ganzen Weltkirche in Sachen Schutz des Lebens) gewaltig abgedrückt ist“.

Der Vergleich mit der Weltkirche suggeriert eine Aussagekraft, die er nicht besitzt: Wenn sich in anderen Ortskir-

chen Fragen wie nach einer Beteiligung am staatlichen Beratungssystem nicht stellen, hat dies zuallererst damit zu tun, daß es eine vergleichbare Tradition subsidiärer Beteiligung kirchlicher Einrichtungen an der sozialstaatlichen Grundversorgung eines Landes nicht gibt. Es bedeutet aber nicht, daß sich die Kirche in Deutschland mit ihren ethischen Auffassungen von der Gesamtkirche isoliert hätte – ein Blick in den deutschen Erwachsenen-Katechismus, Teil II, genügt.

Zum anderen unterstellt Dyba eine weltkirchliche Einmütigkeit, die bei genauerem Hinsehen so nicht vorhanden ist. Der Familien-Kongreß von Rio de Janeiro wie auch die Arbeit seines Veranstalters, des Päpstlichen Familienrates unter der Leitung von Kardinal *López Trujillo*, sind anschauliche Beispiele dafür, wie ein Teil der Kurie in Distanz gerät zur kirchlichen Wirklichkeit, indem man sich auf eine kaum mehr steigerbare, der westlichen Gegenwartskultur einseitig pessimistisch begegnende Haltung einläßt. Bei einem Auftritt Trujillos auf einem Kongreß einer internationalen katholischen Lebensschützer-Organisation in Köln war dies Mitte März erneut erlebbar. nt

Notwendig

Zum Plan einer „Ökumenischen Charta“ für Europa

Am Ostersonntag des Jahres 2001 soll sie feierlich unterzeichnet werden: Die „Ökumenische Charta für Europa“, deren Erarbeitung der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) und die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) vor einigen Wochen bei einer gemeinsamen Tagung in Rom beschlossen haben. Diesem Treffen des Gemeinsamen Komitees von CCEE und KEK war in Prag eine vom CCEE veranstaltete Auswer-

tungstagung zur Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung von Graz vorausgegangen.

Die Grazer Versammlung vom Juni 1997 (vgl. HK, August 1997, 395 ff.) bot reichlich Anschauungsunterricht für Chancen wie Probleme ökumenischer Zusammenarbeit im neuen, größeren Europa zwischen Atlantik und Ural. Für viele Christen aus den früher kommunistischen Ländern war Graz die erste Gelegenheit, die für sie oft verwirrende Buntheit kirchlichen Lebens in den Kirchen des „Westens“ in Augenschein zu nehmen. Daraus sind inzwischen teilweise Anstöße für ökumenische Initiativen vor Ort erwachsen, wie man bei dem CCEE-Auswertungstreffen registrierte.

Gleichzeitig wurde in Graz auch ungeschminkt deutlich, wie schwer sich die orthodoxen Kirchen mit der Integration in die europäische Ökumene tun. Es gab die bekannten orthodoxen Klagen über „Proselytismus“ westlicher Kirchen in ihren Stammländern, wobei hier oft in einem Atemzug die fragwürdigen Aktivitäten von Sekten und religiösen Bewegungen und die Präsenz der katholischen Kirche (des lateinischen wie des byzantinischen Ritus) in Osteuropa angeführt werden.

Auf diesem Hintergrund ist eine „Ökumenische Charta für Europa“ ein so notwendiges wie schwieriges Unterfangen. Johannes Paul II. erinnerte das Gemeinsame Komitee von CCEE und KEK an die gemeinsame Verpflichtung der Christen in Europa, das Evangelium in den gegenwärtigen Umständen zu verkünden und ihren Beitrag in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu leisten. Gleichzeitig wies er auf die Herausforderung der christlichen Kirchen in Europa durch den Islam und die asiatischen Religionen hin und mahnte einen „Geist vertrauensvoller Offenheit“ an.

Eine „Ökumenische Charta“ für Europa kann sicher kein *Manifest für die Überwindung der konfessionellen Trennung* sein. Denn ungeachtet aller Gespräche, Konvergenzen und positiven Signale der letzten Jahre und Jahrzehnte im ökumenischen Dialog auf

den verschiedenen Ebenen liegen die Vorstellungen über Einheit bzw. volle Gemeinschaft der Kirchen nach wie vor zu weit auseinander, als daß hier in absehbarer Zeit entscheidende Durchbrüche zu erzielen wären. Der offizielle theologische Dialog zwischen katholischer Kirche und Orthodoxie ist seit Jahren unterbrochen; eine – trotz aller Schwierigkeiten zu erwartende – offizielle Annahme der lutherisch-katholischen Erklärung zur Rechtfertigungslehre wäre nur ein erster Schritt, dem etliche weitere folgen müßten.

Eine Vereinbarung über ökumenische Rechte und Pflichten in Europa kann auch nicht von der Tatsache absehen, daß es auch erhebliche Verständigungsprobleme *innerhalb der konfessionellen Blöcke* gibt. Man denke nur an die Spannungen zwischen dem Moskauer und dem Ökumenischen Patriarchat, die auch im Umfeld der Grazer Versammlung zum Vorschein kamen. Und auf reformatorischer Seite tut man sich schwer damit, angesichts der beträchtlichen, weniger lehrmäßigen als kulturellen und strukturellen Unterschiede zwischen den verschiedenen Kirchen das gemeinsame protestantische Zeugnis in Europa zu profilieren und die Organe für eine solche Zusammenarbeit zu stärken.

Dennoch: Sollte es KEK und CCEE in den nächsten Jahren wirklich gelingen, Regeln für ein gedeihliches Miteinander der Kirchen in Europa zu entwickeln, wäre das ein wichtiges Signal für die Zukunft der Ökumene in einem Erdteil, zu dessen kultureller und religiöser Physiognomie die konfessionellen Trennungslinien ebenso gehören wie ein gemeinsames christliches Erbe. Es wird viel Fingerspitzengefühl und Beharrlichkeit brauchen, um die Orthodoxie in ein solches ökumenisches Pflichtenheft ebenso einzubinden wie die reformatorischen Minderheitskirchen, und auch diejenigen katholischen Ortskirchen in Europa ökumenisch offener und sensibler zu machen, die sich bisher eher sträuben oder zumindest sehr zurückhaltend sind. Deshalb ist dem Projekt „Ökumenische Charta für Europa“ Erfolg zu wünschen. *ru*

Österreich: Kirchenkrise zwischen Tragödie und Farce

Mit einem aufsehenerregenden Appell haben vier österreichische Bischöfe in die derzeitige Kirchenkrise um Kardinal Groer und Bischof Krenn eingegriffen. Ob es vor dem Papstbesuch im Juni zu einer Lösung kommt, ist ungewiß.

Wie in einer antiken Tragödie scheinen sich zur Zeit die dunklen Gewitterfronten der österreichischen Kirchenkrise zu einer Entladung zusammenzuballen, ohne daß man mit Gewißheit vorhersagen kann, wo und wann der Blitz einschlagen wird. In diesem dramatischen Geschehen spielen grundsätzliche Frontstellungen gegensätzlicher Kirchenbilder eine wichtige Rolle, es werden aber auch mit geübter Hand Fäden raffinierter Intrigen gezogen. Und in diesem Durcheinander fehlt auch nicht die Farce, die in Österreich selbst in fatalen Augenblicken zum leisen Kichern verleitet.

Ein unerträglicher Schwebezustand

Ausgangspunkt der nunmehrigen Phase in der österreichischen Kirchenkrise war der diesjährige 21. Februar. An diesem Tag installierte Johannes Paul II. auf dem Petersplatz in Rom die neuen Kardinäle, unter ihnen den Erzbischof von Wien, *Christoph Schönborn*. Erst wenige Stunden vor diesem Ereignis erfuhr der Erzbischof eher zufällig, daß auch sein umstrittener Vorgänger, Kardinal *Hans Hermann Groer*, in der Ewigen Stadt weilte, und am Vortag bei einer Privataudienz beim Papst gewesen war. Bei dieser Gelegenheit hatte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, *Karl Lehmann*, Groer in den Vorräumen der päpstlichen Privatbibliothek getroffen.

Die Erbitterung der österreichischen Bischöfe, die Erzbischof Schönborn

nach Rom begleitet hatten, war ebenso groß wie verständlich. In einer Pressekonferenz in Rom forderte Schönborn seinen Vorgänger öffentlich auf, ein „Wort des Bekenntnisses und der Vergebungsbitte“ zu finden. Noch deutlicher wurde der Vorsitzende der Österreichischen Bischofskonferenz, *Johann Weber*, der vor dem Fernsehen in Rom den Schwebezustand in der Causa Groer als „unerträglich“ bezeichnete.

Die Angelegenheit müsse „baldigst“ geklärt werden, denn: „Das ist wie eine offene Wunde, die blutet.“

Außerdem bezeichnete Weber den jüngsten Handstreich des St. Pöltener Bischofs *Kurt Krenn*, der wenige Tage zuvor den Benediktinerpater *Udo Fischer* als Pfarrer von Paudorf abberufen hatte, als „überaus bedenklich“. Die Vorgänge in Paudorf seien weit über die Diözesangrenzen von St. Pölten hinaus zu einem Symbol geworden, und der Geschmack dieser Ereignisse sei „fürchterlich“.

Soweit die Fakten dieser Kabale, deren Hintergründe sich erst in den folgenden Tagen allmählich klärten. Es stellte sich nämlich heraus, daß Bischof Krenn eine Woche zuvor in Rom gewesen war. Bei diesem Aufenthalt scheint der Bischof von St. Pölten die Privataudienz von Kardinal Groer „eingefädelt“ zu haben. Über den Zweck dieses Manövers gibt es verschiedene Vermutungen, doch eines steht jedenfalls fest: In den meisten österreichischen Medien überdeckte die Berichterstattung über die unerwartete Anwesenheit Groers in Rom die Meldungen über die Amtsein-